

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION IM GEMISCHTEN PARLAMENTARISCHEN AUSSCHUSS EU-MEXIKO

**Bericht von Erika MANN, Vorsitzende der Delegation, an
den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und den
Entwicklungsausschuss über die II. Sitzung des GPA EU-
Mexiko**

MEXIKO-STADT und MONTERREY (Mexiko)

9. bis 13. Januar 2006

Brüssel, 16. Januar 2006
LMG/nal

CR\599874DE.doc
Externe Übersetzung

PE 369.052

Einleitung:

Artikel 5 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses (GPA) EU-Mexiko sieht vor, dass dieser mindestens einmal jährlich entweder an einem der Arbeitsorte des Europäischen Parlaments oder in Mexiko zusammentritt. Im Entwurf des Arbeitsprogramms 2006 waren zwei Sitzungen vorgesehen, die erste davon im Januar in Mexiko. Da das Arbeitsprogramm der Delegationen für 2006 noch nicht beschlossen ist, hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Josep BORRELL FONTELLES, mit Schreiben vom 1. Dezember 2005 die Durchführung der II. Sitzung des GPA genehmigt.

Innenpolitische Lage:

Nach 61 Jahren ununterbrochenen Regierens der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) markierte der Sieg der Nationalen Aktionspartei (PAN) bei den Wahlen vom 2 Juli 2000 den Beginn einer echten politischen Wende; so wurde dies bereits nach den Wahlen gesehen. Diese Wahlen, die von einer Delegation des Europäischen Parlaments beobachtet wurden, verliefen in völliger Normalität, wobei auch die großen Anstrengungen hervorzuheben sind, die von den Bürgern und den Behörden Mexikos unternommen wurden, um diesen Erfolg zu erzielen.

Die letzte Regierung der PRI unter Präsident Ernesto Zedillo erleichterte insofern den Übergang, als sie dem PAN-Kandidaten **Vicente FOX QUESADA** ein Land übergab, das sich in guter wirtschaftlicher Verfassung befand. Die Überwindung der Wirtschaftskrise, die guten Wachstumsziffern sowie das Inkrafttreten des mit Kanada und den USA unterzeichneten Freihandelsabkommens und des Abkommens über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit mit der EU waren die wichtigsten Faktoren, die diesen Übergang ermöglichten.

Das ehrgeizige Regierungsprogramm von Präsident FOX sah hauptsächlich vor: die Lösung des Konflikts in Chiapas, eine Staatsreform, die Liberalisierung des Energiesektors und der Telekommunikation, eine Steuerreform und die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung. Von Anfang an war auch die Verbesserung der Beziehungen zu den USA ein wichtiger Punkt. Sie sollte sich in der Unterzeichnung eines Einwanderungsabkommens niederschlagen, durch das eine schrittweise Legalisierung der Situation der im nördlichen Nachbarland lebenden mexikanischen Einwanderer möglich werden sollte.

Die Schwierigkeit, diese Projekte zu verwirklichen, zeigte sich in den Gesetzgebungskammern, da die PAN in keiner dieser Kammern die Mehrheit besaß. Der neue Präsident konnte noch nicht einmal in seiner eigenen Partei immer auf Unterstützung zählen.

Seine Vorhaben, etwa für Rechtsvorschriften zur indigenen Bevölkerung oder eine Steuerreform, wurden von den Kammern zwar nicht ausgebremst, aber doch in ihren Zielen und Inhalten beschnitten. Daher klagten Teile der öffentlichen Meinung über das langsame Tempo, in dem der im Wahlkampf des Jahres 2000 in Aussicht gestellte

Wechsel Einzug hielt. In Anbetracht dieser Lage stießen auch andere Reformen wie die des Energiesektors oder des Arbeitsmarkts auf Hindernisse.

Die Konsequenzen der Ereignisse vom 11. September 2001 waren in Mexiko unmittelbar spürbar. Die Aussetzung der Verhandlungen über ein Einwanderungsabkommen mit den USA war begleitet von einer Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen an der mehr als 300 km langen gemeinsamen Grenze sowie im Handelssektor von einem Rückgang der Auftragsbestände in den Maquiladora-Betrieben.

Dass Mexikos als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Bund mit Chile gegen den Einsatz von Gewalt im Irakkonflikt ausgesprochen hat, hat die Dinge auch nicht erleichtert.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 6. Juli 2003 ergaben folgende Verteilung der insgesamt 500 Sitze: 223 für die PRI, 150 für die PAN, 97 für die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) und 17 für die Grünen. Im Senat verfügt die PRI über 60 und die PAN über 46 der 128 Sitze.

Im Juli dieses Jahres finden Präsidentschaftswahlen statt. Der Wahlkampf ist in der mexikanischen Politik in der Regel sehr lang: Wenn man die in den politischen Parteien veranstalteten Vorwahlen zur Kandidatenaufstellung mitrechnet, die richtige Wahlen sind, dauert er fast ein Jahr.

Wie einer unserer Gesprächspartner es nannte, besteht der Unterschied zwischen heutigen Wahlen und Wahlen in der Vergangenheit darin, dass man diesmal weiß, dass alles seinen normalen Gang geht, aber nicht, wer gewinnen wird. Die letzten Umfragen ergaben ein „technisches Patt“ zwischen den Präsidentschaftskandidaten:

Andrés Manuel LÓPEZ OBRADOR von der PRD (Partei der Demokratischen Revolution)

Roberto MADRAZO von der PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution)

Felipe CALDERÓN von der PAN (Nationale Aktionspartei)

Der frühere Bürgermeister von Mexiko-Stadt, Andrés Manuel LÓPEZ OBRADOR, war im ersten Halbjahr 2005 Zielscheibe einer Aktion, die von seiner Partei als „Hetzkampagne“ bezeichnet wurde und in deren Verlauf seine Amtsenthebung gefordert wurde. Diese Forderung löste unter den Mexikanern eine Reaktion auf breiter Ebene aus.

Die kürzlich in beiden Kammern des Parlaments erfolgte Annahme einer Regelung, die den Auslands-Mexikanern die Teilnahme an den Wahlen erlaubt, wird ohne Zweifel große Bedeutung für den Ausgang der kommenden Präsidentschaftswahlen haben, obwohl sie in Anwendungsfragen nicht frei von technischen Schwierigkeiten ist.

Einer der größten Erfolge der derzeitigen Regierung ist im Kapitel Förderung und Achtung der Menschenrechte zu verzeichnen. Die Bildungskampagnen in den Streitkräften zu diesem Thema und auch der Kampf gegen Straflosigkeit und für Transparenz haben Erfolge gezeitigt.

Die wirtschaftliche Lage ist weiterhin gut, zum Teil auch durch die hohen Erdölpreise. Das Wirtschaftswachstum betrug 2005 3 %, für 2006 werden 3,6 % erhofft. Die Bekämpfung der Inflation hat ebenso wie die Einhaltung der Finanzdisziplin positive Ergebnisse gebracht. Mexiko ist die zehntstärkste Wirtschaftsmacht der Welt mit einem geschätzten BIP von 703 000 Millionen Dollar. Die Staatsfinanzen sind recht ausgeglichen, und man hofft, 2006 ein Nulldefizit zu erreichen. Die Staatsverschuldung beläuft sich auf 23 % des BIP.

Im Jahr 2005 sind laut Angaben unserer Gesprächspartner aus der Regierung 750 000 neue Arbeitsplätze entstanden, die weiter ausgebaut werden könnten, wenn die erforderlichen Arbeitsreformen erfolgen würden. Das Problem Mexikos besteht jedoch nach wie vor in der Tatsache, dass sich zwar die makroökonomischen Zahlen verbessert haben, aber zwischen 32 und 40 % der mexikanischen Bevölkerung in Armut leben. Das Pro-Kopf-Einkommen schwankt zwischen 7000 Dollar im Norden des Landes und 700 Dollar im Süden.

Und schließlich erschwert die bestehende Gesetzgebung in Bezug auf das Erdöl die Entwicklung des Sektors ungemein, da sie keine Beteiligung der Privatwirtschaft zulässt. Als Folge davon gehen die Investitionen und die Erkundung neuer Lagerstätten zurück, was den Umfang der geschätzten Reserven erheblich reduziert hat.

Mexiko hat **Freihandelsabkommen** mit 11 Staaten unterzeichnet, wovon das mit den USA und Kanada abgeschlossene Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA das wichtigste ist. Die Anwendung dieser Abkommen hat große Früchte getragen. Vor allem hat der Handel mit den USA und mit Asien kräftig angezogen; und gleichzeitig wurden rasch positive Auswirkungen auf Beschäftigung und Investitionen spürbar. Die Zahlen zum Warenaustausch sprechen für sich, wenngleich sie in gewissem Maße verfälscht sind, da sie nicht den Effekt der Einfuhren von Teilen berücksichtigen, die zur Fertigung von anschließend exportierten Gütern eingesetzt werden (Dreieckshandel). Gegenwärtig gehen 92 % der Exporte Mexikos in die USA und kommen 82 % seiner Einfuhren aus diesem Land.

Mexiko spielt eine maßgebliche Rolle in der Region, obwohl dadurch ein gewisser Wettbewerb mit Brasilien entstanden ist. Seine geografische Lage verleiht seinen Grenzen mit Mittelamerika und den Vereinigten Staaten enorme Bedeutung.

Im Juni 2001 startete Präsident FOX den **Plan Puebla Panamá**, der zur Integration Mittelamerikas und der neun südlichen Bundesstaaten Mexikos führen soll. Seine grundlegenden Ziele sind: Erhöhung des Lebensstandards, Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Entwicklung, Förderung Beschäftigung schaffender Investitionen und Anwendung gemeinsamer Entwicklungsstrategien.

Bei den verschiedenen Begegnungen kam auch die zunehmende Rolle Chinas in Lateinamerika und ganz besonders in Mexiko zur Sprache. Besonders großer Wettbewerb herrscht in den Bereichen Textilien, Schuhe und Elektroartikel. Im Warenaustausch mit den USA hat China sowohl die mexikanische als auch die europäische Industrie überholt.

Das Globalabkommen EU-Mexiko:

Mexiko hat Abkommen mit den USA und Kanada (NAFTA) und mit der EU (am 1. Juli 2000 in Kraft getreten) abgeschlossen. Beide Abkommen sollen der Errichtung von Freihandelszonen dienen und erstrecken sich auf die Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen und das Urheberrecht, gehen jedoch von unterschiedlichen Konzepten und Motivationen aus, wobei das Abkommen mit der EU den politischen Dialog und die Zusammenarbeit einschließt. Der Dialog wird über den Gemischten Rat, den Gemischten Ausschuss und den Gemischten Parlamentarischen Ausschuss geführt.

Sinn des Abkommens der EU mit Mexiko war es vor allem, die durch das NAFTA-Abkommen entstandene Verlagerung des Handels auszugleichen und zu erreichen, dass die europäischen Unternehmen mit den Unternehmen aus den USA und Kanada gleichbehandelt werden. Mit diesem Abkommen bietet die EU Lateinamerika erstmals Zugang zum europäischen Markt anstelle der Anwendung der früheren Politik von „aid, not trade“.

Für die mexikanischen Ausfuhren wurde die Liberalisierung 2003 abgeschlossen, für die europäischen wird das 2007 der Fall sein. In den drei Jahren, seit denen das Abkommen in Kraft ist, stiegen die Ausfuhren aus der EU nach Mexiko um 33 % an und die Einfuhren nach Mexiko um 50 %. Gemäß Eurostat belaufen sich die Exporte der EU nach Mexiko auf 14,9 Milliarden Euro und die Importe aus Mexiko auf 6,2 Milliarden Euro. 25 % der Investitionen in Mexiko sind europäischen Ursprungs und wollen vor allem aus dem NAFTA-Abkommen profitieren.

Für Mexiko ging es darum, Risiken zu verteilen bzw. die Abhängigkeit zu diversifizieren.

Die EU stellt weiterhin 56 Millionen Euro (2002-2006) für die Zusammenarbeit mit Mexiko bereit. Die Projekte betreffen die Modernisierung des Rechtssystems, die Stärkung der Produktionsinfrastruktur im Landessüden, die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

II. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses (GPA) EU-Mexiko:

Die II. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses (GPA) EU-Mexiko fand in Monterrey statt.

Auf der Eröffnungsveranstaltung sprachen von mexikanischer Seite Senator **Fernando MARGAÍN**, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Mexikanischen Senats und Ko-Vorsitzender des GPA, und der Abgeordnete **Carlos JIMÉNEZ MACÍAS**, Stellvertretender Vorsitzender des GPA.

Für die EU-Seite sprach **Erika MANN**, MdEP und Ko-Vorsitzende des GPA.

Das Schlusswort auf der Eröffnungsveranstaltung hielt **José Natividad GONZÁLEZ PARÍS**, Gouverneur des Bundesstaates Nuevo León.

Senator MARGAÍN bezeichnete die Einsetzung einer Delegation des Europäischen Parlaments, die im Rahmen des GPA für die Beziehungen zu Mexiko zuständig ist, als sehr erfreuliche Entwicklung. Er äußerte sich lobend über den Arbeitsrhythmus des GPA, der auf seiner ersten Sitzung im September letzten Jahres die Tätigkeit aufgenommen habe, und hob das festzustellende Interesse an einem kontinuierlichen Dialog auf hoher Ebene hervor, der es möglich mache, beiderseits interessierende Themen zur Sprache zu bringen, allen voran die Einwanderung.

Abschließend dankte er für die Unterstützung des Europäischen Parlaments in zwei für Mexiko sehr wichtigen Fragen: zum einen die Todesstrafe, die in den USA noch immer praktiziert werde und von der zahlreiche Mexikaner betroffen waren, und zum anderen das im mexikanischen Abgeordnetenhaus heiß diskutierte Vorhaben, an der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten eine Mauer zu errichten.

Erika MANN sprach die zunehmende Bedeutung Mexikos in einer Welt, in der die Globalisierung um sich greife, und die Rolle des Landes als Brücke zwischen der EU und den Vereinigten Staaten an.

Außerdem machte sie darauf aufmerksam, dass die gemeinsame Arbeit und der Dialog Auswirkungen auf die Tagesentscheidungen haben und es ermöglichen sollten, zu beiderseitig interessierenden Themen gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang hob sie den Kampf gegen die Armut und das Thema Einwanderung hervor.

Anschließend wurde mit der Annahme der Tagesordnung und der Genehmigung der Protokolle der I. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses (GPA) EU/Mexiko am 28./29. September 2005 in Straßburg die Arbeit aufgenommen.

Als Nächstes wurde eingeschätzt, inwieweit die auf der I. Sitzung übernommenen Verpflichtungen und beschlossenen Aufgaben erfüllt wurden. Besondere Erwähnung fanden dabei die Durchführung eines Seminars über die Strukturfonds (am 9./10. Januar 2006 in Mexiko-Stadt) und das Internetportal, das in Kürze ins Netz gestellt werden und den Bürgern beider Länder Gelegenheit geben soll, sich über die Arbeit des GPA auf dem Laufenden zu halten.

Mendel GOLDSTEIN, Ausschussmitglied von mexikanischer Seite, informierte über den Verlauf der Sitzung des Gemischten Rates Ende Oktober 2005. Bei dieser Gelegenheit ging es um die Themen Handel, Zusammenarbeit und politischer Dialog, denen jeweils die gleiche Bedeutung beigemessen wurde. Im Zusammenhang mit dem letztgenannten Punkt würdigte er die Aussprache, die sich zu den Vereinten Nationen und zur regionalen Integration in Lateinamerika entspann.

Zur zukünftigen Arbeit des GPA schlug das Präsidium vor, in die am Schluss der Sitzung verabschiedete Abschlusserklärung konkrete Themen aufzunehmen, deren Umsetzung in der Folgezeit eingeschätzt werden sollte.

Es wurde vereinbart, für drei Themen zwei ständige Verantwortliche zu ernennen, jeweils einen von mexikanischer und einen von europäischer Seite:

1. Sicherheit: Homero DÍAZ und Roda DÍEZ
2. Auswanderung: SADOT und ATTARD-MONTALTO
3. Handel: MEDINA und MANN

Constanze KREHL berichtete über das Seminar über die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds, das am 9./10. Januar 2006 in Mexiko-Stadt stattfand. Dabei wurden die Funktionsweise der europäischen Strukturfonds und des Kohäsionsfonds aus europäischer und aus mexikanischer Sicht und die Möglichkeiten zur Einrichtung ähnlicher Mechanismen in Abkommen zwischen Mexiko und Drittländern erörtert.

Anschließend kamen politische Themen zur Sprache. Zunächst ging **José Ignacio SALAFRANCA SÁNCHEZ-NEYRA** auf die Entwicklungen in der EU seit der Sitzung vom September 2005 ein.

José Ignacio SALAFRANCA SÁNCHEZ-NEYRA äußerte sich zur wirtschaftlichen Lage der EU, zu ihrer Finanziellen Vorausschau für 2006 und zum Inhalt der Diskussionen über den künftigen Beitritt der Türkei.

Der Europaabgeordnete informierte über die nach der Ablehnung des Entwurfs einer Europäischen Verfassung entstandene Situation und teilte mit, dass die Kommission an einer Mitteilung arbeite, in der die Überlegungen zur künftigen Rolle der EU zusammengefasst seien.

Abschließend empfahl er den mexikanischen Behörden, schnellstmöglich das Protokoll zu ratifizieren, das es der Europäischen Investitionsbank ermöglicht, in Mexiko tätig zu werden.

Evelin LICHTENBERGER stellte den Entwurf einer europäischen Verfassung vor und hob dabei vor allem die Verbesserungen hervor, die dieser für das Erscheinungsbild der EU im Ausland und für ihre innere Organisation enthalte. Sie erläuterte die Schwierigkeiten, die sich aus dem ungünstigen Hintergrund ergaben, nämlich aus den unterschiedlichen Einstellungen der Länder zum Irakkonflikt, die

eine einheitliche Stellungnahme Europas unmöglich gemacht hatten, und die bei der Abfassung des Texts zu überwinden waren, wobei es die nationalen mit den europäischen Interessen zu verbinden galt.

Im Anschluss entspann sich eine lebhafte Aussprache zur Einschätzung des Verfassungstextes durch die einzelnen EP-Fraktionen und zu den unterschiedlichen Reaktionen, die dieser unter den Bürgern der Europäischen Union und insbesondere bei der Jugend, ausgelöst hatte.

Für die mexikanische Seite gab der Abgeordnete **Carlos FLORES RICO** einen Überblick über die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in Mexiko seit der Sitzung im September vergangenen Jahres. Er verwies auf die politische Stabilität in Mexiko ungeachtet der nicht problemfreien Beziehungen zwischen den verschiedenen Kräften. Dies gelte insbesondere für Haushaltsfragen oder für die Forderung nach einem Strafverfahren gegen Manuel LÓPEZ OBRADOR, dem früheren Bürgermeister und PRD-Präsidentschaftskandidaten. Konsens herrsche zur Notwendigkeit struktureller Reformen, jedoch nicht zu Tragweite und Inhalt dieser Reformen.

Außerdem erwähnte er die Erfolge im Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit und sagte, dass die Bürger Ergebnisse wahrzunehmen beginnen. Auch nehme die Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen Leben des Landes zu.

Wie andere mexikanische Redner hob auch er die Bedeutung der Migration hervor. Die Anzahl der in den USA lebenden Mexikaner werde auf 26,5 Millionen geschätzt, von denen 17 Millionen bereits in den USA geboren seien. Von den in Mexiko Geborenen seien 4 Millionen ohne Papiere. Diese Angaben nahm er zum Anlass für einen Appell, die bilateralen Probleme in diesem Bereich nicht durch einseitige Entscheidungen, sondern im Wege des Dialogs zu lösen.

Zu Handelsfragen äußerten sich **Erika MANN** und Senator **Carlos MEDINA PLASENCIA**. Sie verwiesen auf die enormen Möglichkeiten für Zusammenarbeit im Rahmen des GPA, die sich aus der Reform des Assoziierungsabkommens EU-Mexiko ergeben.

Erika MANN erklärte, dass die WTO-Runde in Hongkong im vergangenen Dezember, an der sie als Mitglied der EU-Delegation teilgenommen habe, zwar nicht die erhofften Ergebnisse gebracht, aber doch den positiven Eindruck vermittelt habe, dass Verhandlungen möglich seien. Sie schlug vor, Mexiko könnte eine Vermittlerrolle zwischen der EU und Brasilien übernehmen, das sich im Laufe der Verhandlungen sehr unnachgiebig gezeigt hatte, und sagte noch einmal, dass Mexiko eine derartige Brückenfunktion auch in den Beziehungen zu den USA übernehmen sollte. Außerdem rief Erika MANN die tief greifenden Reformen in Erinnerung, die von der EU in der Gemeinsamen Agrarpolitik bereits verwirklicht wurden.

Anschließend kam es zu einem interessanten Meinungsaustausch mit Vertretern der Wirtschaft, insbesondere zweier in Monterrey ansässiger Großbetriebe: FEMSA und

CEMEX. Dabei wurde auf den Umstand hingewiesen, dass das Wachstum des Warenverkehrs weniger gravierend ausgefallen sei als die Steigerung, die im Rahmen des NAFTA verzeichnet wurde, dass aber dennoch das Niveau der Investitionen beträchtlich zugenommen habe.

Fragen der Zusammenarbeit wurden von **Mendel GOLDSTEIN**, Delegierter des Ausschusses, angesprochen. Er bezog sich auf die Ziele und Vorhaben des Siebten Rahmenprogramms und informierte über die potenziellen Möglichkeiten des Abkommens auf diesem Gebiet. Den Umfang der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit schätzte er auf 20 Millionen Euro, zu gleichen Teilen finanziert von der EU und von Mexiko.

Er bedauerte die bestehenden Zollschränken und schlug vor, in naher Zukunft einen Workshop zu veranstalten, auf dem diese Schranken benannt werden und versucht werden sollte, sie zu beseitigen.

Evelin LICHTENBERGER informierte die mexikanischen Gesprächspartner über weniger bekannte Aspekte der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere über die Gründe für die Einführung der GAP in der Vergangenheit, und kam dabei auch auf die verschiedenen Veränderungen bei deren Umsetzung zu sprechen, die im Laufe der Jahre vorgenommen wurden. Sie ging in ihren Ausführungen nicht nur auf die Bedeutung ein, die in Zukunft Aspekten wie der Entwicklung des ländlichen Raums und dem biologischen Landbau beigemessen werden, sondern auch auf den neuen Umweltrahmen der Gemeinschaftspolitiken und forderte die mexikanischen Abgeordneten auf, möglichst rasch ebenfalls entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Abschließend erklärte sie noch, dass eine aktive Politik zum Schutz der Naturreichtümer und im Interesse kultureller Vielfalt betrieben werden müsse.

Hieran schloss sich eine Diskussion an, bei der auch das Thema Epidemien sowie deren Vorbeugung und der Umgang mit ihnen zur Sprache kamen.

In der Vormittagssitzung am Donnerstag sprach Senator **SADOT**, Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses des mexikanischen Senats, zwei Themen an, die nach seiner Auffassung auf künftigen internationalen Agenden nicht fehlen sollten: Auswanderung und Wasser.

Zur Auswanderung in die USA unternahm er einen Exkurs in die Geschichte und hob hervor, dass diese um das Jahr 1963 herum einsetzte, als in den USA Mangel an Arbeitskräften herrschte und das Land an mexikanischen Arbeitskräften interessiert war.

Die Geldüberweisungen der Emigranten bezifferte er auf rund 20 Milliarden Dollar.

Zum Schluss informierte er die EU-Delegation noch über die Maßnahmen gegen Einwanderung, die zurzeit im USA-Kongress im Gespräch seien. In diesem Zusammenhang wies er besonders auf die Kriminalisierung der illegalen Einwanderer

hin, die inhaftiert würden, anstatt in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt zu werden, und auf den Plan für die Erreichung einer Mauer an der gemeinsamen Grenze.

Abschließend teilte er mit, dass seit dem Jahr 2000 an der Grenze zu den Vereinigten Staaten 2475 Menschen ums Leben gekommen seien, eine Zahl, die im vergangenen Jahr erneut um mehr als 20 % angestiegen sei, und dankte in diesem Zusammenhang für die auf der I. Sitzung des GPA ausgesprochene Verurteilung der „Migrantenjäger“.

In der anschließenden Aussprache beklagte **Rosa Díez González** das Fehlen einer echten europäischen Einwanderungspolitik und trat dafür ein, diese zu regeln, um sie sowohl für die Aufnahmestaaten als auch für Herkunftsländer „angemessen, legal und sicher“ zu gestalten. Zugleich erinnerte sie an die europäische Verpflichtung zum Schutz der Außengrenzen.

Wolf Klinz ging anschließend auf die jüngsten Diskussionen im EP über den Entwurf einer Datenschutzrichtlinie ein und teilte mit, dass diese unter den Mitgliedern des Europäischen Parlaments Diskussionen ausgelöst habe. Gleichzeitig sprach er die Auswirkungen der Terroranschläge auf die Diskussionen zu diesem Thema an.

Als Nächstes wurde zur Aussprache über den Entwurf der Erklärung übergegangen. Ein Meinungsaustausch entspann sich insbesondere zum Arbeitsprogramm des GPA.

Die Gemeinsame Erklärung wurde einstimmig angenommen.

Es wurde vereinbart, die III. Sitzung des GPA am 30. Mai in Brüssel stattfinden zu lassen.

Seminar über die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds:

Wie auf der I. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses am 28./29. September 2005 in Straßburg vereinbart, fand ein Seminar zu den europäischen Erfahrungen mit diesen Fonds und zu der Möglichkeit statt, ähnliche Mechanismen auf die mit Mexiko unterzeichneten oder in Verhandlung befindlichen Vereinbarungen zu übertragen. Das vom Fernsehkanal des Kongresses live übertragene Seminar bestand aus zwei Sitzungen, einer im Senat und einer im Abgeordnetenhaus.

Auf der Eröffnungsveranstaltung sprachen **Erika Mann**, Vorsitzende der EU-Delegation im GPA, und Senatorin **Laura Alicia Garza Galindo**, stellvertretende Vorsitzende der mexikanischen Delegation im GPA.

Frau Garza Galindo ging auf die Fortschritte ein, die durch die Umsetzung des Abkommens beim Abbau von Zollschränken erzielt wurden, allerdings mit Ausnahme der Sektoren Fischerei, Landwirtschaft und Telekommunikation, für die längere Fristen vorgesehen wurden. Wenig vorangekommen sei man in dem Teil des

Abkommens, der die Zusammenarbeit betreffe. Es seien lediglich eine Vereinbarung über finanzielle und technische Unterstützung, eine Vereinbarung über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit in Zollfragen angenommen worden. Sie appellierte an die Parteien, bei den Verhandlungen über die geplanten Kooperationsabkommen zügiger voranzugehen, unterstrich dabei die Gleichheit der Verhandlungsparteien und schlug vor, für die einzelnen Sektoren Gruppen aus Vertretern beider Regionen einzubeziehen.

Erika MANN hob die Bedeutung des Abkommens zwischen der EU und Mexiko hervor, das lediglich mit dem Abkommen mit Chile vergleichbar sei. Sie verwies darüber hinaus auf die Bedeutung der interparlamentarischen Treffen als Foren zur Erörterung gemeinsamer Probleme, denen in einer globalisierten Welt zunehmend größere Bedeutung zukomme.

Die Arbeit des Seminars fand in drei Diskussionsrunden statt:

1. Die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds im Rahmen der Integrations- und Entwicklungsstrategie der Europäischen Union (Europäischer Regionalfonds, Europäischer Sozialfonds, EAGFL).
2. Die Rolle der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds für Integration und Entwicklung – praktische Erfahrungen Spaniens und Portugals. Die Erfahrungen der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.
3. Von Mexiko unterzeichnete Wirtschaftsabkommen und –verträge und Möglichkeiten zur Einbeziehung ähnlicher Mechanismen in die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds: Nordamerikanisches Freihandelsabkommen NAFTA, Kooperations- und Freihandelsabkommen EU-Mexiko, Lateinamerika.

Im ersten Rundtischgespräch bezeichnete die Europaabgeordnete **Constanze KREHL** die Regionalpolitik der EU als eine der erfolgreichsten Politiken der Gemeinschaft, und zwar sowohl in Bezug auf ihre Ergebnisse als auch deshalb, weil sie die Umsetzung anderer Gemeinschaftsvorhaben wie etwa die Erweiterung möglich gemacht habe.

Anschließend sprach sie die Anwendungsbedingungen, die Entwicklung und die Ergebnisse dieser Fonds als Elemente einer echten Solidaritätspolitik an, räumte dabei allerdings ein, dass sie kein Allheilmittel zur Überwindung gemeinschaftlicher Defizite waren, und führte Irland, Spanien und Portugal als überzeugenden Beweis für den Beitrag an, den die Gemeinschaftsfonds zur Entwicklung dieser Länder geleistet haben.

Dr. **Lorena RUANO** vom Zentrum für Forschung und Wirtschaftsentwicklung CIDE nahm aus mexikanischer Sicht eine eingehende Untersuchung des Funktionierens der Gemeinschaftsfonds vor, wobei sie auch die Regionen erwähnte, die in den Genuss der Fonds gekommen seien, den Rückstand zum durchschnittlichen Wohlstand der Gemeinschaft aber nicht hätten aufholen können. Abschließend sprach sie noch den Einfluss der EU-Regionalpolitik auf die Regionalisierung der Zentralstaaten an.

In der anschließenden Diskussion ergriffen europäische und mexikanische Abgeordnete das Wort. Von mexikanischer Seite wurde mitgeteilt, dass im Senat vor kurzem ein Gesetz verabschiedet wurde, das einer künftigen Regionalpolitik den Weg ebnet. Außerdem wurden die negativen Aspekte zur Sprache gebracht, die das Freihandelsabkommen NAFTA den Bauern und der Landbevölkerung im Mexiko gebracht habe. Viele von ihnen sahen sich zur Emigration gezwungen. Anders als Mexiko, hatten die USA allerdings für ihre Erzeuger Stützungsmitel vorgesehen.

Positiv gewertet wurde von mehreren Rednern der Umstand, dass das Abkommen EU-Mexiko über die reinen Handelsaspekte weit hinausgehe. Wenn man das Abkommen EU-Mexiko und das NAFTA-Abkommen vergleiche, zeige sich, dass das Abkommen mit der EU viel mehr enthalte als bloße Handelsaspekte.

Im zweiten Rundtischgespräch erläuterte die EU-Delegation, wie die Regionen in den europäischen Institutionen vertreten seien und welche Erfahrungen die Mitgliedstaaten und die neuen Staaten aus Mittel- und Osteuropa gemacht hätten. Erwähnt wurde auch die Tatsache, dass die Beitrittsersuchen der neuen Mitgliedstaaten nicht dadurch zustande kämen, dass diesen Vergünstigungen aus den einzelnen Fonds in Aussicht gestellt würden. Sie seien vielmehr Ergebnis auf Konsens gegründeter gereifter politischer Überlegungen, bei denen genau bedacht werde, welche Bedeutung dieser Schritt sowohl für die innere Stabilität als auch für die Außenwirkung des betreffenden Landes habe. Ein Mitgliedstaat der EU habe im Ausland stets größeres Gewicht als ein Staat, der nur für sich allein spreche.

Stephan SBERRO vom Autonomen Technologieinstitut Mexiko äußerte sich für die mexikanische Seite zu den positiven Aspekten des Abkommens mit der EU im Vergleich zu dem Abkommen mit den Vereinigten Staaten und Kanada. Er nahm darüber hinaus zum jüngsten Amerikagipfel Stellung, auf dem die Vorstellungen Mexikos und Venezuelas von regionaler Integration auf einandergeprallt seien.

Mehrere mexikanische Abgeordnete erwähnten, wie schwierig es sei, den Vereinigten Staaten und Kanada klarzumachen, dass sich bestimmte Regionen Mexikos in einer besonders ungünstigen Lage befinden, und sie zu der Einsicht zu bewegen, dass zur Abmilderung dieser Situation Fonds ähnlich wie die Regionalfonds oder der Kohäsionsfonds der EU eingerichtet werden sollten.

Schließlich kam es noch zu einem interessanten Meinungs austausch über die Einbeziehung der Bürger in die Integrationsprozesse, insbesondere über Bürgerbefragungen.

Das dritte Rundtischgespräch wurde von **Heliodoro DÍAZ AZCÁRRAGA, Präsident des Abgeordnetenhauses**, eröffnet, der auf die Möglichkeit einging, die Mechanismen der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds in die Abkommen aufzunehmen, die von Mexiko bereits unterzeichnet wurden bzw. in Zukunft insbesondere in Lateinamerika auszuhandeln sind. Den Nutzen ansprechend, den die USA aus der Arbeitskraft und den Steuern der Einwanderer ziehen, verwies er darauf, dass dieses Land dennoch Maßnahmen treffe, um die Einwanderung zu unterbinden.

Mehrere Redner nahmen Bezug auf die Aussprache im US-Kongress über die Errichtung einer Mauer zur Verhinderung der Einwanderung von Mexikanern und plädierten anstelle einseitiger Zwangsmaßnahmen für einen Dialog, der die Entwicklung der Regionen ermöglichen sollte, aus denen die Emigranten stammen. Sie sprachen sich für die Einrichtung von Ausgleichsfonds bei sämtlichen Integrationsprozessen aus, mit denen in sensibler Weise der Tatsache Rechnung getragen werden könnte, dass es bei Prozessen dieser Art stets „Gewinner und Verlierer“ gebe.

Die EU-Delegation stellte nachdrücklich fest, dass dieses Abkommen der vierten Generation sich von anderen Abkommen dadurch unterscheidet, dass darin die Existenz gemeinsamer Werte anerkannt werde und dass es eine Struktur aufweise, die den politischen Dialog voranbringe. Dies sei, kurz gesagt, ein Abkommen „mit Herz“. Außerdem wurde festgestellt, dass das Europäische Parlament sich bei zahlreichen Gelegenheiten für einen biregionalen Solidaritätsfonds ausgesprochen habe, der Katalysatorwirkung für Beiträge der Interamerikanischen Entwicklungsbank und auch der Europäischen Investitionsbank haben könnte.

Allerdings wurde erklärt, dass die Ergebnisse der Sektorprogramme der Gemeinschaft in Mexiko aufgrund der Größe und der vielen Einwohner des Landes wenig Wirkung hätten. Darüber hinaus wurde darauf verwiesen, dass die Zusammenarbeit über gemeinsame Investitionen genutzt werden sollte, die durch die mehrjährigen Programme der Europäischen Kommission möglich gemacht würden.

Schließlich wurde von den EU-Vertretern darauf aufmerksam gemacht, dass es auch in der EU Krisenzeiten gebe, wie erst kürzlich im Zusammenhang mit der Europäischen Verfassung oder künftigen Erweiterungen deutlich geworden sei. Für einige europäische Probleme wie die Migration oder den Terrorismus als große Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sei bislang auch noch keine gemeinsame Antwort gefunden worden.

Treffen mit Mitgliedern der Exekutive:

Begleitet von **Senator Fernando MARGAÍN**, Ko-Präsident der mexikanischen Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Mexiko, wurde die Delegation von **Präsident Vicente FOX QUESADA** empfangen. Präsident FOX QUESADA nahm eine Analyse der Ergebnisse des Abkommens EU-Mexiko vor, die er als positiv bezeichnete, auch wenn noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft seien. Für Mexiko nannte er es von entscheidender Bedeutung, diese Möglichkeiten zu nutzen, um die hochgradige Abhängigkeit vom Handel mit den Vereinigten Staaten, die er auf 90 % bezifferte, zu verringern.

Präsident FOX äußerte sich zur Vertiefung der Beziehungen zu Mittelamerika und der Karibik, wobei er die Bedeutung der Nachbarschaft würdigte und die Tatsache ansprach, dass aus dieser Region ein Großteil der Migranten komme, die über Mexiko in Richtung Vereinigte Staaten strömten. Darüber hinaus informierte er auch über die Ausweitung des Plans Puebla-Panamá auf Kolumbien und bat um Unterstützung der EU bei der Erarbeitung eines Konzepts für die integrierte Entwicklung der Region.

Dann sprach er ein Energieabkommen jüngerer Datums in der Region an, dessen Ziel es sei, die äußerst nachteiligen Auswirkungen des hohen Ölpreises auf die Volkswirtschaften abzumildern. Dieses Abkommen sehe die Errichtung von Raffinerien mit Anbindung an die Hauptstromleitung, von Wasserkraftwerken, Gasverflüssigungsanlagen und einer Erdgasleitung in Mittelamerika vor.

Außerdem kam es zu einem interessanten Meinungsaustausch über die Funktionsfähigkeit der Freihandelszone ALCA, die zwar - vor allem wegen des Scheiterns des Amerikagipfels - noch nicht vollendet werden konnte, aber dennoch die subregionalen Integrationsprojekte vorangebracht habe. Sobald diese abgeschlossen sein würden, könnte man zu einem Abkommen auf der Ebene des Kontinents gelangen.

Die Delegation hatte eine Begegnung mit dem erst vor kurzen eingesetzten **Wirtschaftsminister Sergio GARCÍA de ALBA**, der die Auffassung äußerte, dass seine Ernennung auf das zunehmende Interesse der Regierung an den kleinen und mittleren Unternehmen zurückzuführen sei. Für diesen Bereich sei er zuvor als Vizeminister zuständig gewesen. Als Hauptziel seines Ministeriums bezeichnete er bessere Voraussetzungen für die Gründung und Betreibung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) mit dem Ziel, deren Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze größtmöglich zu nutzen und so einen Teil der Arbeitskräfte unterzubringen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt stoßen.

Er verwies auch auf die besondere Aufmerksamkeit, die die Unternehmen mit hoher Wertschöpfung, allen voran die Hochtechnologieunternehmen, verdienen.

Zum Funktionieren des Abkommens mit der EU erwähnte er insbesondere die Zunahme des bilateralen Handels und der europäischen Investitionsflüsse, die teilweise aus der Möglichkeit resultierten, über Mexiko Zugang zum kanadischen und

US-amerikanischen Markt zu erlangen. Er sprach allerdings auch den geringen Nutzen an, den die kleinen und mittleren Unternehmen aus der Umsetzung des Abkommens gezogen hätten.

Die Umsetzung des mit 24 Millionen Euro dotierten gemeinsamen Programms EU-Mexiko zur umfassenden Unterstützung mittelständischer Unternehmen (PIAPYME) könne dazu beitragen, die Aussichten dieser Unternehmen zu verbessern. Das Programm finanziere unter anderem Beratungsleistungen europäischer Experten für Marketing, Technologie und die Entwicklung strategischer Allianzen. Darüber hinaus seien die Formalitäten für die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen stark vereinfacht und mehr Annahmestellen für Gründungsanträge eingerichtet worden. Von EU-Seite wurde die wichtige Rolle hervorgehoben, die die kleinen und mittleren Unternehmen beim Aufbau der europäischen und insbesondere der deutschen Industrie gespielt hätten.

Der Wirtschaftsminister verwies auf die guten Ergebnisse der mexikanischen Wirtschaft trotz der noch ausstehenden Reformen. Dabei ging er besonders auf den Erdöl- und Erdgassektor ein, der sich nach wie vor in staatlicher Hand befinde. Dort seien keine privaten Investitionen genehmigt worden, die es dem Sektor ermöglichen hätten, bessere Ergebnisse zu erzielen und vor allem neue Lagerstätten zu erkunden. Nach seiner Einschätzung gingen dadurch große Wertschöpfungsmöglichkeiten im Exportgütersektor verloren, auch wenn es gelungen sei, die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern und seinen Anteil an den Einnahmen von früher 60 bis 70 % auf derzeit 20 % zu senken.

Danach äußerte er sich noch zur ausstehenden Steuerreform. Die Steuerbelastung betrage lediglich 16 %, sodass der Regierung nur spärliche Mittel für die notwendigen Reformen in Bildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur zufließen.

Sergio GARCÍA de ALBA unterstrich die Möglichkeiten Mexikos in Sektoren wie dem Tourismus, vor allem dem Alternativtourismus, oder der Landwirtschaft, insbesondere im biologisch-organischen Anbau. Dabei legte er Wert auf die Feststellung, dass all diese Maßnahmen unter absoluter Beachtung des Umweltschutzes, unter Einsatz erneuerbarer Energien und unter sparsamer Verwendung von Wasser vorangetrieben werden.

Als Letztes schloss sich ein interessanter Meinungs austausch zur Wahrnehmung der positiven gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse der Regierung unter Präsident FOX durch die Bürger Mexikos an. Sergio GARCÍA de ALBA machte darauf aufmerksam, dass die Armut um 30 % zurückgegangen sei.

Weitere Begegnungen:

Die Delegation kam mit **Manuel CARRILLO POBLANO**, Koordinator für internationale Angelegenheiten des Bundeswahlinstituts IFE, der über die Vorbereitung der im Juli 2006 stattfindenden Wahlen informierte, zu einer Arbeitssitzung zusammen. Parallel zur Wahl des Präsidenten finde die der

Abgeordneten und der Senatoren statt. Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Wahlen bereiteten die große Zahl von 73 Millionen Wahlberechtigten und der Umstand, dass zum ersten Mal die im Ausland lebenden Mexikaner zur Stimmabgabe zugelassen seien.

Wie er sagte, werde man wie schon bei den vorangegangenen Wahlen in den einzelnen Etappen des Wahlprozesses gern ausländische, allen voran europäische Wahlbeobachter begrüßen.

Den Ausführungen von Manuel CARRILLO POBLANO schloss sich ein Meinungsaustausch über die Wahlbündnisse und die Voraussetzungen an, die politische Parteien zu erfüllen hätten, um zur Teilnahme an den Wahlen zugelassen zu werden.

Der Vertreter des IFE informierte über seinen bevorstehenden Besuch in Brüssel, in dessen Verlauf er sich ein Arbeitstreffen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments erhoffe.

Die Delegation kam außerdem mit Vertretern der **Zivilgesellschaft** zu einem Arbeitstreffen zusammen, insbesondere mit Trägerorganisationen von Projekten, an deren Finanzierung die EU beteiligt ist. Mit ihnen wurden Menschenrechtsfragen besprochen wie beispielsweise der Zugang der indigenen Bevölkerung zur Justiz, Anzeigen wegen Folterungen und deren Verfolgung. Die EP-Delegation wurde darüber hinaus über Vorhaben im Rahmen einer Justizreform in Mexiko informiert.

Es wurde festgestellt, dass zwar große Fortschritte beim Schutz der Menschenrechte und bei der Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen festzustellen seien, die Ergebnisse jedoch häufig durch das Fehlen entsprechender zeitgemäßer Struktureinheiten beeinträchtigt würden.

Zur Sprache kamen auch die Frauenmorde in Juárez-Stadt und in mehreren anderen Ländern Mittelamerikas.

Außerdem begab sich die Delegation in Nuevo Laredo an die Grenze zwischen Mexiko und den USA. Bei dieser Gelegenheit wurde sie über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr unterrichtet. Ihr wurde mitgeteilt, dass zahlreiche Probleme dadurch gelöst werden könnten, dass die Behörden beider Seiten mehr zusammenarbeiteten und ihren Austausch verstärkten. Allerdings würden die mexikanischen Behörden künftig gern eigenständiger handeln, wodurch sie in Situationen, die rasche Entscheidungen erforderten, schneller tätig werden könnten.

Die Delegation besichtigte zwei Unternehmen in Monterrey, **CEMEX** und **FEMSA**, wo ihnen die Aktivitäten dieser Firmen, insbesondere im Ausland, vorgestellt wurden.

Außerdem fand eine Informationsveranstaltung im **Technologieinstitut Monterrey** statt.

Fazit:

Das Assoziationsabkommen hat nach Auffassung beider Parteien zufrieden stellende Ergebnisse gebracht und es ermöglicht, dass der Rückgang des Warenaustauschs, der nach Inkrafttreten des Abkommens zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten und Kanada einsetzte, teilweise wieder ausgeglichen werden konnte.

Das Assoziationsabkommen EU-Mexiko umfasst als solches entwicklungsfähige Mechanismen, die in naher Zukunft Verhandlungen über eine Intensivierung der Beziehungen durch beide Parteien ermöglichen. Das muss über Mechanismen erfolgen, mit denen diejenigen Sektoren einbezogen werden können, die bislang nicht genügend aus dem Abkommen Nutzen ziehen konnten. Dies gilt insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen.

Die II. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses hat bestätigt, dass sich mit der Einrichtung des GPA der politische Inhalt verändert und der Dialog ein neues Niveau erreicht hat. Der Besuch führender Repräsentanten der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Mexiko im Juli 2005 ermöglichte es, die beiden bereits abgehaltenen Sitzungen entsprechend vorzubereiten.

Die Arbeit des GPA hat deutlich gemacht, dass es sich bei den meisten Problemen, vor denen Mexiko und auch die Europäische Union stehen, um gemeinsame Probleme handelt. Die Unsicherheit der Bürger, Terrorismus und Auswanderung stehen im Mittelpunkt der Besorgnis der Bürger beider Regionen. Eine auf beide Regionen orientierte Betrachtung und Analyse dieser Probleme wird zweifellos ihr Verständnis erleichtern und zur Formulierung konkreter Vorschläge beitragen.

Dass in das Abkommen mit Mexiko, anders als bei dem NAFTA-Abkommen, der politische Dialog mit aufgenommen wurde, wird zweifellos dazu beitragen, dass den Bürgern über den Austausch zwischen den Abgeordneten beider Regionen die Entscheidungen zu den im Abkommen vorgesehenen Entwicklungen nähergebracht werden. Die Live-Übertragung der II. Sitzung des GPA EU-Mexiko und auch des Seminars über die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds über den Fernsehkanal des Kongresses ist zweifellos ein positiver Beitrag zu dieser Annäherung.

Das Zustandekommen des Seminars über die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds war außerdem ein Beleg dafür, dass sich der politische Dialog nicht auf geschlossene Veranstaltungen von Parlamentariern beschränken darf, sondern mit konkreten Aktivitäten untersetzt werden muss. Die III. Sitzung des GPA am 30. Mai in Brüssel wird ebenfalls von einem Seminar begleitet, diesmal zum Thema kleine und mittlere Unternehmen.

Abschließend ist festzustellen, dass die Treffen mit Vertretern der Regierung und der Zivilgesellschaft Aufschluss über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage Mexikos und über die Entwicklung des Wahlkampfes für die am 2. Juli 2006 stattfindenden Präsidentschaftswahlen gegeben haben.

*
* *

**II. SITZUNG DES
GEMISCHTEN PARLAMENTARISCHEN AUSSCHUSSES
EUROPÄISCHE UNION/VEREINIGTE MEXIKANISCHE STAATEN**

11. und 12. Januar 2006

Monterrey, Noevo León, Mexiko

Die Delegationen des Europäischen Parlaments und des Kongresses der Vereinigten Mexikanischen Staaten im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Mexiko haben zum Abschluss ihrer II. Interparlamentarischen Sitzung EU/Mexiko, die am 11. und 12. Januar 2006 in Monterrey stattfand, Folgendes vereinbart:

Gemeinsame Erklärung

1. Beide Delegationen geben ihrer Freude darüber Ausdruck, nach so kurzer Zeit zu dieser zweiten Sitzung zusammengetroffen zu sein, und stimmen den erzielten Fortschritten zu. Ferner begrüßen sie die hohe Beteiligung der Mitglieder beider Delegationen an allen in der Tagesordnung enthaltenen Themen.
2. In der I. Sitzung wurde die Absicht geäußert, den parlamentarischen Dialog nicht nur über diesen formalen Mechanismus, sondern auch über andere Foren zu vertiefen. Im Einklang mit Punkt 11 der I. Erklärung (Straßburg, 28. und 29. September 2005) wurde ein für die Öffentlichkeit zugängliches und live über den Fernsehkanal des Kongresses übertragenes Seminar über die Erfahrungen der Europäischen Union mit dem Einsatz von Struktur- und

Kohäsionsfonds zur Förderung der Annäherung des Entwicklungsstands und des Lebensstandards der Mitgliedstaaten abgehalten, ein Thema, das als eine Möglichkeit, die Ungleichheit zwischen den Regionen zu mildern, auf der mexikanischen Seite großes Interesse weckte.

3. Die europäische Delegation begrüßt, dass sie diesen Besuch in Mexiko nicht nur dazu nutzen konnte, um Themen der bilateralen Beziehungen zu erörtern, sondern auch um politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte des Landes kennen zu lernen, insbesondere zur Zeit des Wahlkampfs, von dem Mexiko derzeit geprägt ist, was beim Europäischen Parlament zu einem tieferen Verständnis des sich gegenwärtig vollziehenden Prozesses beitragen wird.
4. Die Delegationen bekunden ihr gegenseitiges Interesse daran, sich mit der derzeitigen politischen Situation in Mexiko beziehungsweise in der Europäischen Union vertraut machen zu wollen. Die europäischen Abgeordneten bekräftigen ihre Zusage, den Wahlprozess in Mexiko genau zu verfolgen, und die mexikanischen Abgeordneten bekräftigen ihre Zusage, kontinuierlich Informationen über den Wahlprozess und über die Ergebnisse zu übermitteln.
5. Die Erörterung der Ergebnisse der VI. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Hongkong war von großer Bedeutung. Die Delegationen stimmen darin überein, dass Fortschritte immer noch sehr langsam erzielt werden, und fordern eine verbindliche Zusage der teilnehmenden Länder, die Entwicklungsrunde von Doha vor Ende 2006 abzuschließen.
6. Die Delegationen stimmen darin überein, dass Themen wie die Landwirtschaft, die Intensivierung des Handels, insbesondere im

Bereich der Dienstleistungen, die Verpflichtungen hinsichtlich der handelsbezogenen Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) und der Umweltschutz von entscheidender Bedeutung sind, um die wirtschaftliche und soziale Lebensqualität zu verbessern.

7. Die Delegationen bekräftigen, dass die Abgeordneten in Handelsfragen eine größere Rolle spielen müssen, sowohl in Bezug auf die Verfolgung der Tätigkeiten der WTO als auch im Hinblick auf die Förderung der Gerechtigkeit der Handelsliberalisierung, womit sie die Erklärung der parlamentarischen Konferenz zur WTO unterstützen, die am 15. Dezember 2005 angenommen wurde.
8. Die Abgeordneten beider Delegationen empfehlen dem Assoziationsrat und der Europäischen Kommission im Hinblick auf die Zusammenarbeit, die Anforderungen für die Gewährung von Stipendien an mexikanische Studenten zu vereinfachen, die Verfahren neu zu bewerten und die Thematik weiter zu verfolgen. Ferner empfehlen sie, dass dieses Thema in die Tagesordnung für das nächste bilaterale Treffen der beiden Delegationen aufgenommen wird.
9. Beide Delegationen bekräftigen ihre Zusage, auf die Zuweisung größerer Haushaltsmittel für Projekte der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Mexiko, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Bildung, hinzuarbeiten.
10. Ferner geben die Delegationen ihren tiefen Besorgnis angesichts der Pandemien Ausdruck, von denen die Welt heimgesucht wird und die eine große Gefahr für die Gesundheit der Weltbevölkerung darstellen, insbesondere die Malaria, die Tuberkulose, AIDS und die Vogelgrippe, und verpflichten sich, Informationen über Mittel, die diese Pandemien eindämmen sollen, auszutauschen.

11. Die Naturkatastrophen, von der keine Region der Welt verschont geblieben ist, geben ebenfalls Anlass zur Sorge, weshalb beide Delegationen zusagen, die internationalen Übereinkommen über den Umweltschutz einzuhalten und ihre Erfüllung zu fördern.
12. Die europäische Delegation begrüßt, dass die Vertretung der Europäischen Kommission in Mexiko eng mit Organisationen der Zivilgesellschaft und Unternehmen, die soziale Ziele verfolgen, zusammenarbeitet, insbesondere in armen Gemeinden, wie es sie im Bundesstaat Chiapas gibt, was außerdem zur Verbesserung der Lage der Menschenrechte beiträgt.
13. Beide Delegationen äußern ihre Besorgnis über die große Armut in einigen Gemeinden und die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, die in ihnen herrscht. Daher empfehlen sie einmal mehr, dass die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Armut verstärkt wird. Ferner beurteilen die europäischen Abgeordneten die Anstrengungen Mexikos bei der Bekämpfung der Korruption und der Straffreiheit positiv und empfehlen, dass diese Anstrengungen fortgesetzt werden.
14. Wie bei der I. Sitzung ist die Zuwanderung wieder ein Thema gemeinsamen Interesses gewesen. Die mexikanische Delegation bedankt sich beim Europäischen Parlament für seine Solidarität und ersucht die europäischen Mitglieder des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Mexiko, sich an den US-amerikanischen Kongress zu wenden, um die Achtung der Menschenrechte der Zuwanderer in den Vereinigten Staaten und die strenge Anwendung der Rechtsvorschriften auf die, die gegen sie verstoßen, einzufordern.

Die mexikanischen Abgeordneten vertreten die Auffassung, dass zwischen Staaten entstehende Konflikte lediglich im Wege des Dialogs zwischen den betroffenen Staaten und auf der Grundlage der gemeinsamen Verantwortung gelöst werden können, weshalb sie die europäischen Abgeordneten ersuchen, sich bei ihren US-amerikanischen Kollegen dafür einzusetzen, dass Initiativen gefördert werden, die die Würde der Zuwanderer und ihre Menschenrechte achten, und Initiativen gestoppt werden, wie die Errichtung von Mauern, die die Länder und ihre Bürger spalten.

15. Beide Delegationen verpflichten sich, die Themen Migration und Sicherheit ständig auf die Tagesordnung dieser Sitzungen zu setzen.
16. Die Delegationen loben die Europäische Kommission für ihre jüngste Mitteilung an den Rat und an das Europäische Parlament mit dem Titel: „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ und äußern ihre Absicht, weiterhin im Rahmen dieser Strategie zusammenarbeiten zu wollen.
17. Beide Delegationen bekräftigen nachdrücklich die Notwendigkeit, die Anwendung des Assoziierungsabkommens zu verbessern sowie seine Weiterentwicklung im Rahmen des IV. Gipfels Europäische Union/Lateinamerika und Karibik, der im Mai 2006 in Wien stattfinden wird, zu erörtern.
18. Die europäischen Abgeordneten empfehlen ihren mexikanischen Kollegen, so rasch wie möglich das Protokoll zu unterzeichnen, durch das die Europäische Investitionsbank in Mexiko ihre Arbeit aufnehmen kann.

19. In Anbetracht des bevorstehenden Wechsels der mexikanischen Abgeordneten aufgrund der anstehenden Wahlen auf Bundesebene benennen die Delegationen Kontaktpersonen für alltägliche Themen der Beziehung, so dass diese den neuen Abgeordneten zugeleitet werden können.

Die Delegationen einigen sich darauf, dass die nächste Sitzung im Mai 2006 in Brüssel stattfinden wird.

Unterzeichnet am 12. Januar 2006 in Nuevo León, Mexiko.

Abgeordnete Erika MANN

**Vorsitzende der Delegation des
Europäischen Parlaments**

Senator Fernando MARGÁIN

**Vorsitzender der Delegation des
mexikanischen Kongresses**

**Abgeordneter Carlos JIMÉNEZ
MACÍAS**

**Stellvertretender Vorsitzender der
Delegation des mexikanischen
Kongresses**

EUROPÄISCHES PARLAMENT

<http://www.europarl.eu.int>

Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss Europäische Union-Mexiko II. Sitzung des GPA EU-Mexiko 9.-13. Januar 2006

Mexiko-Stadt und Monterrey, N.L. (Mexiko)

Teilnehmerliste

Mitglieder der Delegation

Vorname	Nachname	Fraktion	Land
Frau Erika	MANN, Leiterin der Delegation ● Ausschuss für internationalen Handel, Mitglied	PSE	Deutschland

Herr John	ATTARD-MONTALTO ● Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, Mitglied	PSE	Malta
Frau Rosa	DÍEZ GONZÁLEZ ● Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, Mitglied	PSE	Spanien
Herr Ján	HUDACKY ● Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, Mitglied	PPE-DE	Slowakei
Herr Wolf	KLINZ ● Ausschuss für Wirtschaft und Währung, Mitglied	ALDE	Deutschland
Frau Constanze	KREHL ● Ausschuss für regionale Entwicklung, Mitglied	PSE	Deutschland
Frau Eva	LICHTENBERGER ● Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, Mitglied	Verts/ALE	Österreich
Herr José Ignacio	SALAFRANCA SÁNCHEZ-NEYRA ● Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Mitglied	PPE-DE	Spanien
Frau Amalia	SARTORI ● Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter	PPE-DE	Italien

Fraktionen der Delegationsmitglieder

PPE-DE	- Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PSE	- Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE	- Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Verts/ALE	- Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
GUE/NGL	- Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
IND/DEM	- Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
UEN	- Fraktion Union für das Europa der Nationen
NI	- Fraktionslos

Delegationssekretariat

Ciril	STOKELJ	Leiter
Luis	MARTÍNEZ-GUILLÉN	Hauptverwalter
Raymond	HERDIES	Hauptassistent
Nekane	AZPIRI LEJARDI	Sekretärin

Fraktionssekretäre

Juan	SALAFRANCA	Berater PPE-DE-Fraktion
Jekaterina	DORODNOVA	Beraterin PSE-Fraktion

Dolmetscher

Enrique	QUIJANO	ES Leiter des Teams
Herminia	GONZALEZ MARTINEZ	ES
Kenneth	COLGAN	EN
Alan	RODGER	EN
Dietrich	SCHNEIDER	DE
Albrecht	STRECKER	DE

**II Reunión de la CPM UE/México
9-13 de enero de 2006
México D.F. & Monterrey, NL (México)**

Lista de Participantes Mexicanos

Lic. José Natividad GONZÁLEZ PARÁS
Gobernador del Estado de Nuevo León

Lic. Jorge Luis MANCILLAS RAMÍREZ
Presidente del Tribunal Superior de Justicia del Estado de Nuevo León (en la inauguración)

Dip. Juan José ELIZONDO ESPARZA
Presidente de la Diputación Permanente del Honorable Congreso del Estado de Nuevo León (inauguración y diálogo con legisladores locales)

LEGISLADORES FEDERALES

SEN. Fernando MARGÁIN
Presidente de la Delegación Mexicana en la Comisión Parlamentaria Mixta
Sen. Sadot SÁNCHEZ CARREÑO
Sen. Lydia MADERO
Sen. Carlos MEDINA PLASCENCIA
Sen. Antonio SOTO SÁNCHEZ
Sen. Laura Alicia GARZA GALINDO (en el Seminario)
Sen. Carlos ROJAS (en el Seminario)

Dip. Carlos JIMÉNEZ MACÍAS
Vicepresidente de la Delegación Mexicana en la Comisión Parlamentaria Mixta
Dip. Carlos FLORES RICO
Dip. Homero DÍAZ
Dip. Gustavo DE UNANUE
Dip. Rodrigo Iván CORTÉS GONZÁLEZ
Dip. Jorge MARTÍNEZ (en el Seminario)
Dip. Adriana GONZÁLEZ (en el Seminario)

LEGISLADORES LOCALES (en el diálogo)

Dip. Hiram DE LEÓN RODRÍGUEZ (PAN)
Dip. Julio REYES RAMÍREZ (PRD)
Dip. Pedro BERNAL RODRÍGUEZ (PT)

EMBAJADORES Y DIPLOMÁTICOS

S.E. Werner DRUML, Embajador de Austria en México

S.E. Eberhard KÖLSCH, Embajador de Alemania en México

S.E. Mendel GOLDSTEIN, Jefe de la Delegación de la Comisión Europea en México

Sr. Peter VERSTEEG, Jefe de Sección, Área de Cooperación, Delegación de la Comisión Europea en México

Sr. Daniel HERNÁNDEZ JOSEPH, Cónsul General de México en Laredo

Sr. Javier ABUD OSUNA, Cónsul Alterno de México en Laredo

Sr. Michael YODER, Cónsul (Principal Officer) de Estados Unidos en Nuevo Laredo

DIÁLOGO CON EMPRESARIOS

Sr. Rodolfo LARREA (CEMEX)

Sr. Arturo ASTABURUAGA (FEMSA)

Sra. Laura VARGAS (Directora, Oficina Comercial de los Países Bajos en Monterrey)

OTROS

**Autoridades Federales, Estatales y Municipales
Público en General**

Fassung vom 5. Januar 2006

II. SITZUNG DES GEMISCHTEN PARLAMENTARISCHEN AUSSCHUSSES MEXIKO–EUROPÄISCHE UNION

Sonntag, 8. Januar 2006

	Ankunft der Delegation des Europäischen Parlaments und Fahrt zum Hotel Internationaler Flughafen Benito Juárez Mexiko-Stadt
--	---

Montag, 9. Januar 2006

11.00 Uhr	Treffen der Mitglieder des Europäischen Parlaments mit Dr. Sergio García de Alba, Wirtschaftsminister Alfonso Reyes
13.30 Uhr	Gespräch mit Vicente Fox Quesada, Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten Residenz „Los Pinos“

II. SITZUNG DES GEMISCHTEN PARLAMENTARISCHEN AUSSCHUSSES EU-MEXIKO „Seminar über die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds“

Mexiko-Stadt

Ort: Senat der Republik, Torre El Caballito, 5. Etage

15.00 bis 15.30 Uhr	Registrierung der Teilnehmer
15.30 bis 16.00 Uhr	Eröffnung des Seminars Erika Mann, Vorsitzende der EU-Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss Laura Alicia Garza Galindo, Stellvertretende Vorsitzende der Mexikanischen Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss Fernando Margain Berlanga, Vorsitzender der Mexikanischen Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss
16.00 bis 17.30 Uhr	Rundtischgespräch 1: Die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds im Rahmen der Integrations- und Entwicklungsstrategie der Europäischen Union (Europäischer Regionalfonds, Europäischer Sozialfonds und EAGFL) <i>- EU-Rednerin: Constanze KREHL</i> <i>- Rednerin für Mexiko: Dr. Lorena Ruano (Zentrum für Forschung und Wirtschaftsentwicklung)</i>

17.30 bis 18.00 Uhr	Frage- und Antwortrunde
18.00 bis 19.30 Uhr	Rundtischgespräch 2: Die Rolle der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds für Integration und Entwicklung – praktische Erfahrungen Spaniens und Portugals Die Erfahrungen der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union <i>- EU-Redner wird noch festgelegt</i> <i>- Redner für Mexiko:</i> <i>- Carlos Medina Plascencia</i> <i>- Dr. Stephan Sberro, ITAM</i>
19.30 bis 20.00 Uhr	Frage- und Antwortrunde
20.30 Uhr	<i>Abendessen auf Einladung des Senats</i> Club de Banqueros
	<i>Fahrt zum Hotel</i>

Dienstag, 10. Januar 2006
Mexiko-Stadt

Ort: Abgeordnetenhaus, Palacio Legislativo, Grüner Salon

10.00 bis 10.15 Uhr	Begrüßung Heliodoro Díaz Escárrega, Präsident des Abgeordnetenhauses Adriana González Carrillo, Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
10.15 bis 11.30 Uhr	Rundtischgespräch 3: Von Mexiko unterzeichnete Wirtschaftsabkommen und Möglichkeiten zur Einbeziehung ähnlicher Mechanismen in die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds Nordamerikanisches Freihandelsabkommen NAFTA Kooperations- und Freihandelsabkommen Mexiko-EU Lateinamerika Einführung in das Rundtischgespräch durch Jorge Martínez Ramos Redner: <i>- Dr. Antonio Ortiz Mena (Zentrum für Forschung und Wirtschaftsentwicklung CIDE) (Mexiko)</i>
11.30 bis 12.00 Uhr	<i>Frage- und Antwortrunde</i>
12:00 bis 13:00 Uhr	<i>Abschlussbetrachtungen</i> <i>(Angehörige der Europäischen und der Mexikanischen Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss)</i>
13.00 bis 14.15 Uhr	Essen auf Einladung des Abgeordnetenhauses Redner: Manuel Carrillo Poblano, Koordinator für Internationale Angelegenheiten im Bundeswahlinstitut

	Ort: Protokollsaal Gebäude „C“ Hubschraubereingang, Calle Sidar y Rovirosa
14.15 bis 15.00 Uhr	Programm der Mitglieder des Europäischen Parlaments Treffen mit Vertretern von NRO und Projekten, die durch die Europäische Union kofinanziert werden
17.00 Uhr	Abreise der Mitglieder des Europäischen Parlaments nach Monterrey Flug AM 930 Ankunft und Fahrt ins Hotel Crowne Plaza
	Abendessen auf Einladung von Senator Fernando Margáin Berlanga, Leiter der Mexikanischen Delegation

Mittwoch, 11. Januar 2006

II. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Mexiko

Monterrey, N.L.

Ort: Salon Sopladores im Fundidora-Park

8.30 bis 9.00 Uhr	Registrierung der Teilnehmer
9.00 bis 9.30 Uhr	Eröffnung der Sitzung und Eröffnungsansprachen <ul style="list-style-type: none"> - <i>Senator Fernando MARGÁIN BERLANGA, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Mexikanischen Senats und Leiter der Mexikanischen Delegation</i> - <i>Carlos JIMÉNEZ MACÍAS, Stellvertretender Vorsitzender der Mexikanischen Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss</i> - <i>Erika MANN, Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments</i> Offizielle Eröffnung: José Natividad González Parás, Gouverneur des Bundesstaats Nuevo León
9.30 bis 10.30 Uhr	Annahme der Tagesordnung Genehmigung des Entwurfs des Protokolls der I. Sitzung des GPA EU-Mexiko Bericht über die seit der I. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses (Straßburg, September 2005) erzielten Fortschritte Seminar über die Strukturfonds und den Kohäsionsfond - <i>EU-Rednerin: Constanze KREHL</i>

	<p>Internetportal Einschätzung der Arbeit des Assoziationsrates Der Gemischte Ausschuss und die parlamentarische Arbeit</p>
10.30 bis 12.30 Uhr	<p>Fortschritte im Rahmen des Abkommens über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit¹</p> <p><i>Politische Aspekte:</i> - Entwicklung der politischen Lage in der EU und in Mexiko EU-Redner: Ignacio SALAFRANCA Redner für Mexiko: Carlos Flores Rico</p> <p>- Der Entwurf einer europäischen Verfassung EU-Rednerin: LICHTENBERGER</p>
12.30 bis 14.00 Uhr	<p><i>Handelsaspekte:</i> Fortschritte bei den WTO-Verhandlungen (Tagung in Hongkong) - EU-Rednerin: Erika MANN - Redner für Mexiko: Carlos MEDINA PLASCENCIA Jorge MARTÍNEZ RAMOS</p> <p>Umweltaspekte - EU-Rednerin: LICHTENBERGER</p> <p>Gespräch mit örtlichen Abgeordneten</p>
14.00 bis 16.00 Uhr	<p>Essen auf Einladung der Abgeordnetenkommer Restaurant „San Carlos“</p>
16.00 bis 17.00 Uhr	<p>Zusammenarbeit:</p> <p>Bericht über die Annahme des siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft Haushaltsmittel der EU für die Bereiche Forschung, Technologie und Bildung im Zusammenhang mit Mexiko und Lateinamerika (2007-2013) Vorbeugung und Zusammenarbeit bei Naturkatastrophen und Pandemien Zusammenarbeit im Interesse des sozialen Zusammenhalts (Projekt Integrierte und nachhaltige soziale Entwicklung Chiapas – Europäische Kommission)</p>
17.00 bis 18.30 Uhr	<p>Redner: Vertreter der Botschaft Mexikos bei der Europäischen Union und der Delegation der Europäischen Kommission in Mexiko</p>

¹ Unter Teilnahme europäischer Unternehmer mit Vertretung in Nuevo León, die nach Absprache zwischen den Delegationsvorsitzenden Gelegenheit erhalten, das Wort zu ergreifen.

		Gespräch mit Unternehmern
18.30 Uhr		Fahrt ins Regierungspalais
19.00 Uhr		Abendessen auf Einladung des Gouverneurs des Bundesstaats Nuevo León, José Natividad González Parás Ort: Regierungspalais

Donnerstag, 12. Januar 2006

**II. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Mexiko
Monterrey, N.L.**

9.00 bis 10.30 Uhr	<p><i>Verschiedenes:</i> Migration in Mexiko und Europa <i>Redner: Sadot SÁNCHEZ CARREÑO (Mexiko)</i> <i>Redner: Juan José GARCÍA OCHOA (Mexiko)</i></p> <p style="text-align: center;">Integration und Migration - EU-Redner: noch festzulegen - Redner für Mexiko: Carlos JIMÉNEZ MACÍAS</p> <p style="text-align: center;">Sicherheit und Datenschutz - EU-Redner: KLINZ</p>
10.30 bis 11.30 Uhr	Schlusswort und Annahme der Abschlusserklärung
11.30 bis 12.00 Uhr	Verschiedenes Zeitpunkt und Ort der III. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses Europäische Union-Mexiko
12.00 a 13.00 Uhr	Fahrt ins Hotel
13.00 a 14.30 Uhr	Essen in einem mexikanischen Exportunternehmen
16.00 a 17.30 Uhr	Besuch im Technologieinstitut Monterrey
18.00 a 19.00 Uhr	Besuch des Museums MARCO

Freitag, 13. Januar 2006

7.00 bis 9.00 Uhr	Europäische Delegation: Fahrt zum Zoll von Nuevo Laredo
9.30 bis 12.00 Uhr	Treffen beim Zoll von Nuevo Laredo
12.00 bis 13:00 Uhr	Freies Mittagessen

13.00 Uhr	Fahrt zum Flughafen Monterrey
17.30 Uhr	Abreise nach Mexiko-Stadt
21.00 Uhr	Rückkehr der Delegation des Europäischen Parlaments